
Mitteilung zu den Auswirkungen des Ausnahmezustands auf das MfS im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde. Der von den sowjetischen "Freunden" verhängte Ausnahmezustand beeinflusste auch die Arbeit der Staatssicherheit in den Bezirken.

Vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in fast 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Beginn der 17. Juni noch als Arbeiteraufstand, entwickelte er sich schnell zum Volksaufstand weiter. Er nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde. SED und Stasi bezeichneten die Vorkommnisse offiziell als einen vom westlichen Ausland gesteuerten "Putschversuch faschistischer Agenten und Provokateure".

Während in anderen Regionen in Sachsen hunderte Betriebe bestreikt wurden, kam es im Bezirk Karl-Marx-Stadt am 17. Juni 1953 zu weitaus weniger Streiks und Demonstrationen. Dabei war es bereits Ende Mai in der Stadt zu mehreren Streiks in größeren Betrieben gekommen, die bis zum 15. Juni immer wieder in unterschiedlicher Intensität aufflammten. So legte am 1. Juni im VEB NAGEMA ein Viertel der 1.600 Beschäftigten für acht Stunden die Arbeit nieder. Diesem Streik schlossen sich am 2. Juni 120 und am 3. Juni 150 Arbeiter des Schleifmaschinenwerks an, die für etwa zwei Stunden die Arbeit ruhen ließen.

Am 17. Juni kam es schließlich in den Betrieben VEB Vereinigte Gießereien, VEB Textima, Büromaschinenwerk und im VEB Schleifmaschinenbau zu Streiks. Im Stadtgebiet verteilten Protestierende Flugblätter und brachten Parolen an Häuserwänden an, die zum Sturz der Regierung aufriefen. Weitere Forderungen der Streikbewegung waren neben der Rücknahme der Normenerhöhung freie Wahlen, eine Freilassung politischer Häftlinge und die Rückkehr sämtlicher noch in Gefangenschaft befindlicher Kriegsgefangener.

Die sowjetische Militäradministration verhängte am 17. und 18. Juni über 167 der 217 Land- und Stadtkreise der DDR den Ausnahmezustand. Der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt Oberstleutnant Schneider teilte seinen Dienststellen in dem vorliegenden Dokument die Auswirkungen des Ausnahmezustands auf die Arbeit der Staatssicherheit mit. Die sowjetischen Stadtkommandanten konnten demnach über den Einsatz von Volkspolizei und anderer Staatsorgane verfügen, für die Arbeit mit Geheimen Informanten (GI) bedurften sie allerdings einer zusätzlichen Genehmigung.

Signatur: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 302, Bl. 33

Metadaten

Datum: Juni 1953

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Mitteilung zu den Auswirkungen des Ausnahmezustands auf das MfS im Bezirk Karl-Marx-Stadt

